

Zum Zigeunerleben verdammt

In Berlin geboren, in Berlin unerwünscht: Eine 14-jährige Roma kämpft um ihr Bleiberecht – inmitten einer hitzigen Asyldebatte

VON JAN STERNBERG

Berlin. „Berlin ist meine Heimat“, sagt Ramiza Maksutovic. Hier wurde sie vor 14 Jahren geboren, hier geht sie zur Schule. Doch diese Heimat will Ramiza loswerden. Zum zweiten Mal schon. Ramiza ist das Kind von Roma aus Serbien, die aus ihrer Heimat flohen und in Deutschland um Asyl nachsuchten. Der Antrag wurde abgelehnt, Serbien gilt als sicherer Staat. Auch wenn die EU-Kommission noch 2011 festgestellt hat, dass Roma in den meisten Balkanstaaten „schweren Benachteiligungen“ ausgesetzt sind. Auch wenn Flüchtlingsräte aus ganz Deutschland darauf hinweisen, dass Roma aus Serbien (und Mazedonien) in ihren Heimatländern massiv diskriminiert werden, kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Als einen „hundertprozentigen Asylmissbrauch“ bewertet es Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU), wenn Roma vom Balkan hierzulande Asyl beantragen. Es gehe diesen Menschen allein ums Geld.

Die deutschen Behörden taten schon vor acht Jahren alles, um das Kind Ramiza loszuwerden, das bei seiner Großmutter lebte. Ramizas Mutter hatte den Säugling zwei Tage nach der Geburt in der Berliner Charité zurückgelassen. Der Vater, erst 17 Jahre alt, konnte mit der Kleinen ebenso wenig anfangen, er gab sie an seine Mutter weiter.

Ramiza Menetovic, so heißt die Großmutter, kümmerte sich fortan um das Baby, das ihren Vornamen trug. Den Kampf mit den Behörden um das Aufenthaltsrecht aber konnte sie irgendwann nicht mehr durchsetzen: Als die Kleine sechs Jahre alt war und gerade eingeschult werden sollte, reisten sie nach Serbien aus. „Freiwillig“, wie es in solchen Fällen in den Akten steht.

Was in den folgenden Jahren passierte, fügt sich zu einer haarsträubenden Geschichte zusammen, die nur schwer zu verstehen ist. Eine Geschichte, die auch das Mädchen Ramiza nur bruchstückhaft erzählt. Wo sie in Serbien gewohnt haben? „Bei Freunden.“ In welcher Stadt? „Ich kenne mich da nicht so gut aus.“ Sechs Jahre blieben die beiden Ramizas, Großmutter und Enkelin, in dem Staat, dessen Bürger sie sein sollten. Ein Staat, dessen Schulen das in Deutschland ausgestellte Sorgerecht der Großmutter nicht akzeptierten und der Enkelin deswegen den Besuch verweigerten. Sechs Jahre lang ging Ramiza nicht zur Schule. Ihre Deutschkenntnisse, die sie im Kindergarten erworben hatte, gingen verschütt. Krankenversichert war sie nicht, an eine regelmäßige ärztliche Versorgung war nicht zu denken. Ramiza hat Anämie und



„Ich möchte, dass dieses Kind einmal in seinem Leben Glück hat.“ Zusammen mit Ramiza Maksutovic will deren Großmutter Ramiza Menetovic in Deutschland bleiben.

Sternberg

braucht regelmäßig Tabletten. Es ging ihr zunehmend schlechter.

Großmutter und Enkelin entschieden, erneut nach Deutschland zu gehen, erneut Asyl in Ramizas Heimat zu beantragen. Seit zwei Jahren leben sie wieder zusammen in Berlin. „Ich lebe nur noch für dieses Kind, ich möchte, dass es einmal in seinem Leben Glück hat“, lässt die Großmutter übersetzen. Untereinander sprechen die beiden Ramizas Romanes, die Sprache der Roma. Das Deutsch der Großmutter ist holprig, das der Enkelin dafür um so fließender. Ramiza, die nun die siebte Klasse der Hemingway-Schule in Berlin-Mitte besucht, hat nicht nur die Sprache wieder gelernt, sondern endlich auch Lesen und Schreiben.

Die 14-Jährige wirkt schüchtern, aber

auch wach und kämpferisch. Ihre Mitschüler lobt sie: „Die sind toll zu mir, es gibt keine frechen Sprüche.“ Dass sie Roma ist, spielt in Berlin keine Rolle, sagt sie. Anders als in Serbien.

Auf der Hemingway-Schule lernen Kinder aus 28 Nationen. Ramizas Klassenkameraden haben einen Brief an den Berliner Innensenator Frank Henkel verfasst. „Ramiza ist eine sehr nette und hilfsbereite Schülerin“, steht darin. „Wir haben sie sehr ins Herz geschlossen. Es wäre furchtbar, wenn sie wieder in ein Land zurück muss, in dem sie ausgegrenzt wird und nicht die gleichen Chancen bekommt wie andere.“

Gestern sind Ramiza, ihre Großmutter und Martina Mauer vom Berliner Flüchtlingsrat zur Innenbehörde gegangen und

haben den Brief übergeben. Es ist der letzte Versuch. Der Asylantrag von Großmutter und Enkelin ist abgelehnt, die Duldung ausgelaufen. Die beiden Frauen sind verpflichtet, Deutschland unverzüglich zu verlassen. Die Berliner Härtefallkommission hat Ramizas Fall geprüft und abgelehnt.

Vor die schwere Eisentür der Innenbehörde tritt ein Referatsleiter im grünen Pullover: Senator Frank Henkel (CDU) ist krank und lässt sich vertreten. Gegenüber der HAZ lässt Henkel ausrichten, auch er sei dafür, dass „in der Frage der massenhafte nach Deutschland reisenden Serben und Mazedonier, deren Asylverfahren sofort abgelehnt werden, weil offensichtlich kein Asylgrund besteht, zeitnah eine Lösung gefunden werden muss“.

Knapp 1400 Menschen aus Serbien haben im September einen Asylantrag gestellt, 1000 aus Mazedonien. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg will diese Anträge jetzt im Elverfahren bearbeiten. Nach 30 Tagen soll entschieden sein. Das wird im Regelfall heißen: abgelehnt.

Der Referatsleiter schaut in den grauen Berliner Herbsthimmel, dann nimmt er den Brief aus Ramizas Händen, schaut freundlich, lässt sich nicht festnageln. Martina Mauer vom Flüchtlingsrat weist auf das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma hin, das morgen eröffnet wird, sagt etwas von historischer Verantwortung. Der Referatsleiter schaut weiter freundlich.

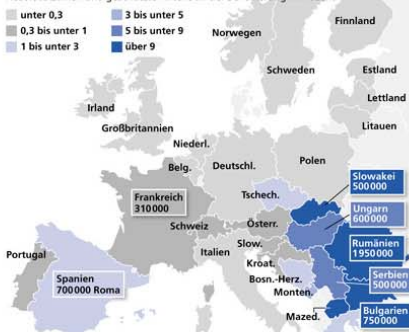
Der Vorsitzende des Zentralrats der

Sinti und Roma, Romani Rose, nutzt all die Interviewanfragen, die ihn wegen der Denkmaleröffnung erreichen, auch gleich für klare Worte über den Asylstreit: Wer den letztlich geringfügigen Anstieg der Asylbewerberzahlen von Sinti und Roma aus Mazedonien und Serbien pauschal als „Asylmissbrauch“ denunziert, betreihe „ein Stück weit Hetze, die wir sonst nur von rechtsextremen Parteien gewohnt sind“, sagt Rose. Schnellverfahren für Asylbewerber an der Grenze lehnt er als „eines Rechtsstaats unwürdig“ strikt ab.

Senator Henkels Büro lässt am Nachmittag mitteln: „Selbstverständlich werden wir den Fall umfassend prüfen.“ Für Ramiza bedeutet dieser Satz die letzte Chance, in ihrer Heimat zu bleiben.

Etwa acht bis neun Millionen Roma leben in Europa

Absolute Zahlen und geschätzte Anteile an der Bevölkerung in Prozent



Quelle: Schätzungen des Berlin-Institut für Bevölkerung u. Entwicklung

NACHGEFRAGT

„Der Mord an den Roma war kein Anhängsel der Shoa“

Nach jahrzehntelangen Bemühungen wird am Mittwoch im Zentrum Berlins das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma öffentlich vorgestellt. Welche Bedeutung hat das Monument für Ihr Volk?

Mit dem Denkmal nimmt die Bundesrepublik den Mord an den Sinti und Roma in das nationale Gedächtnis auf. Der Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im nationalsozialistisch besetzten Europa war kein Anhängsel der Shoa. Er hatte eine eigene Dynamik, wurde aber genauso bürokratisch durchgeführt wie der Holocaust an den sechs Millionen Juden.

Das Denkmal liegt am Rand des Tiergartens gegenüber vom Reichstagsgebäude, zentraler könnte der Ort kaum sein. Es ist großartig, dass dieser Staat das Denkmal nicht an irgendeinem Ort errichtet hat, sondern vor dem deutschen



Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma

Parlament. Die Politiker, die in das Hohe Haus gehen, werden jeden Tag daran vorbeigehen.

Noch 1956 hatte es in der Bundesrepublik höchstrechtlich geheißen: „Zigeuner“ seien in der NS-Zeit nicht aus rassistischen Gründen verfolgt worden, sondern weil sie „soziale“ gewesen seien. Ja, solche Erfahrungen mussten viele Leute in diesem Land machen, weil die Institutionen dieses Staates nach 1945 zum Teil wieder von den selben Leuten getragen wurden wie im Dritten Reich.

Ihr Großvater, Anton Rose, war Kinobetreiber in Darmstadt. Er wurde in Auschwitz ermordet. 13 nahe Verwandte von Ihnen fielen dem Holocaust zum Opfer, der in der Sprache der Sinti und Roma „Pojramos“ heißt, „Verschlungen“. Was bedeutet das Denkmal für Sie persönlich?

Ich sehe es nicht in Zusammenhang mit meiner Familie, sondern als offizielles Bekenntnis zur Verantwortung gegenüber unserer gesamten Minderheit.

Verglichen mit dem jüdischen Holocaust-Mahmal mit 2700 Stelen auf fast 20.000 Quadratmetern wirkt das Sinti-Denkmal bescheiden. Ist das für Sie ein Problem? Bescheidenheit kann auch Ausdruck von Größe sein. Wir wollten ganz bewusst kein monumentales Denkmal. Wir wollten ein Denkmal, das niemanden etwas aufzwingt. Wir wollen nicht Emotionalität an diesem Ort übertragen, sondern Information. Der dunkle Teich, in dessen Mitte eine Blume auf einem dreieckigen Stein sich täglich hebt und senkt, soll aber zugleich ein Ort der Meditation sein.

Sieben Jahre wurde im Vorfeld der Denkmaleröffnung allein über die Verwendung des Begriffs „Zigeuner“ gestritten, jetzt spricht man von Sinti und Roma. Worum ging es?

Der Streit um den Begriff „Zigeuner“

war nur ein Nebenschauplatz. Er wurde nicht von uns eröffnet und sollte der Ablehnung dienen. Uns ging es wesentlich um ein Zitat von Roman Herzog. Dieser sagte 1997, dass der Völkermord an den Sinti und Roma aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns und mit dem gleichen Vorsatz zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden ist wie der an den Juden, vom Kleinkind bis zum Greis.

In einigen osteuropäischen Ländern sind Angehörige ihres Volkes derzeit erneut in einer Lage, die manche vor rassistischer Verfolgung warnen lassen. Was bedeutet das Denkmal vor diesem Hintergrund?

Mit dem Denkmal alleine werden wir die Klischees, Vorurteile und die Ablehnung gegenüber unserer Minderheit nicht aus der Welt schaffen. Aber wir erreichen hoffentlich, dass viele Menschen in unserem Land und auch in Europa nachdenken werden.

Interview: Johanna Di Blasi

Fenster schließen

Ausschnitt drucken